

Wochenkommentar

Es braucht mehr Besonnenheit statt Aktionismus

Am Beispiel des kantonalen Sparprogramms zeigt sich das überstürzte Handeln aller Beteiligten. Eigentlich bräuhcte es wieder richtige Kompromisse statt harter Verhandlungen.

Seit der Staatsrat im Sommer 2024 ein tiefes Loch in der Kantonskasse angekündigt hat, grasiert im Kanton der Aktionismus. Aus allen Richtungen. An erster Stelle aber: vom Staatsrat selbst.

Die Kantonsregierung hat innert weniger Monate ein Sanierungsprogramm gezimmert, das kaum mit nachhaltigem Haushalt zu tun hat: hier ein bisschen mehr über Abgaben, dort ein bisschen weniger Leistungen. Die Milchbüchleinrechnung mag vorderhand aufgehen, aber die ganze Übungsanlage ist schwierig.

Die Massnahmen mögen zwar die Budgets der kommenden Jahre entlasten – nach 2028 aber ist alles wieder offen. Dann laufen die Massnahmen wieder aus. Und dann? Es hat etwas von einem Déjà-vu. In Freiburg müssen die Staatsfinanzen mittlerweile alle Dekaden neu saniert werden, letztmals Anfang der 2010er-Jahre. Diese Zeitspanne hat sowohl für die Verantwortlichen als auch für die Betroffenen

etwas Gutes. Für Letztere ist der Zeitraum gerade lang genug, um sich nicht mehr wirklich daran zu erinnern, geschweige denn sich darüber zu enervieren. Und auch die politischen Amtsträger geraten kaum zweimal in die gleiche Situation. Die jüngste Ausnahme: der heutige Finanzdirektor Jean-Pierre Siggén.

Klammer auf.

Siggen wurde im Herbst 2013 gewählt, nur wenige Monate, nachdem der Staatsrat eine Sparrunde beschlossen und dem Grossen Rat unterbreitet hatte. Er übernahm zwar die personalintensive Direktion für Erziehung, Kultur und Sport – konnte die Übung jedoch als das Werk seiner Vorgänger abtun. Seit 2021 steht er als Finanzdirektor selbst am Alarmknopf. Dass er die jüngsten Entscheide langfristig verantworten werden muss, ist jedoch unwahrscheinlich. Kaum denkbar, dass der dann 64-Jährige im kommenden Herbst für eine vierte Legislatur antritt.

Das ist jedoch nicht Siggén Schuld oder Fehler. Einerseits, weil es den meisten Staatsrätinnen und Staatsräten der jüngeren Vergangenheit so ergeht, dass sie einen Sanierungsplan entweder erarbeiten oder verteidigen, aber kaum beides tun müssen. Andererseits ist das Problem systeminhärent: Bei Legislaturen von fünf Jahren sind radikale Neustarts kaum zu erreichen.

Entweder ist man als Gewählter noch zu frisch gewählt, um dem Kollegialamt seinen Stempel aufdrücken zu können – oder aber die nächsten Wahlen sind schon zu nah, um fundamentale Änderungen und damit harsche Reaktionen aus allen Richtungen vertreten zu wollen.

Klammer zu.

Auch die Gewerkschaften sind erst diese Woche primär mit dem ihnen anhaftenden Aktionismus aufgefallen. Natürlich ist die Interessenvertretung ihrer Mitglieder essenziell – für die Arbeit-

nehmer, logisch. Aber auch für die Gewerkschaften selbst. Sie selbst sind zur Sicherung ihrer Existenz und vor allem ihrer Daseinsberechtigung unweigerlich der Aufmerksamkeitsökonomie unterworfen. Deshalb werden sie immer lauter, greller, schriller.

Mit der von ihnen ausgerufenen und organisierten Streikaktion von vorgangem Mittwoch sind die Gewerkschaften gegen den Abbau der Leistungen beim Staatspersonal vorgegangen. Ausser plumper und nicht mehrheitsfähiger Parolen haben sie jedoch kaum an konstruktiven Lösungen mitgearbeitet. Der Verzicht auf Sparmassnahmen auf dem Rücken der Staatsangestellten mag zwar ein aus ihrer Sicht legitimes Anliegen sein. Dass sie damit aber nichts erreichen, dünkt genau so evident. Aber auch die Parteien haben ausser der Anpassung ihres Programms an die neuen Begebenheiten kaum etwas Konstruktives zur Debatte beigetragen. War es

nicht erwartbar, dass die Linke höhere Steuern, die Grünen keine Abschlüge am Umweltschutz und die Bürgerlichen die Ketensäge für die Verwaltung forderten? Natürlich haben all diese Vorgänge einen Namen. In Anlehnung an den ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton: «It's the politics, stupid!» Die Fronten sind verhärtet, die Situation ist verfahren.

Statt Aktionismus in Reinform täten alle Betroffenen gut daran, ein wenig mehr Besonnenheit walten zu lassen. Nach tatsächlichen Kompromissen zu suchen, statt sich mit einer schlechten Hand ins Pokerspiel zu stürzen. Denn ein guter Kompromiss darf zwar schmerzen, muss aber von einer Mehrheit getragen werden – und das ist beim Sanierungsprogramm der Kantonsfinanzen derzeit alles andere als sicher.

Besonders der Grosse Rat sollte sich nun umsichtig zeigen und nicht instrumentalisieren lassen. Die Oktobersession des Grossen

Rats von kommender Woche, in der das Sparprogramm beraten wird, ist gerade nahe genug an den nächsten Wahlen, um in die Verführung zu geraten, mit griffigen Parolen den eigenen Wahlkampf zu beginnen (oder fortzuführen). Nur wäre damit letztlich niemandem geholfen.

Das Sanierungsprogramm mag sich für manche zwar wie ein GAU – ein grösster anzunehmender Unfall – anfühlen. Es gilt aber, ein Jahr ohne reguläres Budget, wie es dem Kanton drohen könnte, zu verhindern – und damit zumindest den Super-GAU zu vermeiden.



Adrien Woeffray
FN-Reporter

Moment mal

Grenzen und wo wir sie finden können

Grenzen bestimmen unser Leben. Es gibt sie überall – und doch sind sie oft unsichtbar. Eine offensichtliche Form sind Landesgrenzen. Doch sind sie wirklich so klar? Am 3. Oktober feiert man in Deutschland den «Tag der Deutschen Einheit». Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 wurde im Oktober 1990 die Wiedervereinigung offiziell besiegelt. Und trotzdem – existiert die Grenze wirklich nicht mehr? In den Köpfen vieler Deutscher ist das Land oft noch in «Osten» und «Westen» geteilt. Aussagen wie «Im Osten redet man halt anders» oder «Die kriegen ohne den Westen nichts auf die Reihe» zeigen: Die Mauer ist manchmal noch da – nur eben im Denken. Grenze ist nicht gleich Grenze. Es gibt politische Grenzen,

«Die Mauer ist manchmal noch da – nur eben im Denken. Grenze ist nicht gleich Grenze.»

«Grenzen sind nicht nur negativ. Sie geben Identität, Halt, Schutz.»

oft markiert durch Flüsse oder Zäune. Sprachgrenzen, wie zwischen Sachsen und Bayern oder Wallisern und Bernern. In der Schweiz sprechen wir vom «Röstigraben» – eine Grenze, die Sprache, Kultur und Mentalität trennt. Doch da endet es nicht:

Es gibt soziale, gesellschaftliche, religiöse und sogar zeitliche Grenzen. Manchmal werden Grenzen von der Natur vorgegeben: Alter, Geschlecht, körperliche oder mentale Gesundheit, genetische Veranlagungen. Der Spruch «Hier bin ich an meine Grenze gelangt» verdeutlicht das. Andere Grenzen setzen wir selbst: moralische, emotionale, persönliche. Wo endet mein Mitgefühl, wann wird eine Freundschaft zu belastend, wie viel Arbeit ist zu viel? Grenzen strukturieren unser Leben – bewusst oder unbewusst.

In dem Lied «Die Gedanken sind frei» heisst es: «Denn meine Gedanken zerreißen die

Schranken und Mauern entzwei.» Gedanken scheinen grenzenlos, und doch sind auch sie oft gefangen: in Vorurteilen, Ängsten, Prägungen. Unser Wunsch nach Freiheit ist zutiefst menschlich. Wir wollen ausbrechen, überwinden, frei sein.

Aber: Grenzen sind nicht nur negativ. Sie geben Identität, Halt, Schutz. Sie machen uns zu dem, was wir sind, lehren uns zu kämpfen – für uns, für andere. Nur Gott ist, aus theologischer Sicht, grenzenlos. Und vielleicht zeigt sich gerade in der Vorstellung von Grenzenlosigkeit: Auch Gedanken stossen irgendwann an ihre Grenze.

Trotzdem tut es gut, über unsere Begrenztheit nachzudenken. Zu fragen: Wo sind meine eigenen Grenzen? Wo schränke ich andere ein? Und wo ist es an der Zeit, Mauern einzureissen.



Miriam Stawski

Miriam Stawski ist Assistentin für Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg.

Ausserdem von Aldo Ellena



Freiburg, 6. Februar 2024.